

Die *Henzlersche** Osterhasenschule: „Der Lehrer versteckt das Osterei und die Schüler suchen es selbstständig!“

*Ihr Beitrag zum selbstorganisierten Lernen mit
individueller Förderung aller Schulkinder in großen Klassen*

*Dorothea Henzler, Hessische Kultusministerin, 25.3.2009



aus: Fritz Koch-Gotha u. Albert Sixtus, Die Häschenschule, Alfred Hahn's Verlag KG. Hamburg

Die Osterhasen-Schule oder wie das IQ auf den Hasen gekommen ist

Noch keine 100 Tage ist Frau Henzler im Amt und schon ein Volltreffer: Sie wünscht sich die „Osterhasen – Schule“ („Der Lehrer versteckt die Ostereier und die Schüler suchen sie selbstständig“; O-Ton im Interview des Hessenjournals am 25.3.09 mit Frau Henzler, nachzuhören im Internet). Was soll uns das sagen?

☞ Es ist kurz vor Ostern, die Ministerin möchte uns an dieses Fest erinnern.

☞ Der hessische Lehrer (was tut die Lehrerin ?) soll sich und seinen Schülern (Schülerinnen ?) mal was gönnen.

☞ Die durch 10 Jahre CDU/FDP gestählte hessische Lehrkraft denkt weiter und entdeckt das Wort „selbstständig“. Da war doch was???? Ach ja, die Veröffentlichung der Ergebnisse der Schulinspektionen....

☞ Frau Henzler möchte uns bildhaft vor Augen führen, wie eigen- und selbstverantwortlicher Unterricht aussehen könnte.

Letzteres erweist sich als richtig, denn in dem Interview des Hessischen Rundfunks erläutert die Ministerin mit diesem Beispiel, welche Folgen aus den Ergebnissen der Schulinspektionen gezogen werden sollen.

Wir erinnern uns: Die Einführung der Schulinspektionen war seinerzeit bildungspolitisch umstritten. Viel Geld wurde und wird dafür ausgegeben, alle Schulen einem „Schul – TÜV“ zu unterziehen, der Stärken und Schwächen aufdecken soll, aber bei einer möglichen konkreten Verbesserung vor Ort leider nicht mehr zuständig ist.

Interne Kritik gab es auch zu der Methodik der Inspektionen – aber jetzt haben rührige Journalisten nachgeforscht und es liegen erste Ergebnisse vor. Diese sind nicht schmeichelhaft für die Bildungsanstrengungen der Landesregierung: Eine große Zahl von Schulen unterrichten angeblich mit veralteten Methoden, nur 18 % arbeiten „effektiv“; die individuelle Förderung komme zu kurz; Lehrkräfte sollten sich mehr als „Lernberater“ und „Moderatoren“ verstehen, nicht so oft frontal unterrichten, differenzierende Unterrichtsmethoden einsetzen.

Ziele, mit denen sich jeder vernünftige Mensch einverstanden erklären kann und nach denen – nebenbei gesagt - schon an hessischen Schulen gearbeitet wird. Nur: Wie erreichen wir diese Ziele in allen Schulen? Unterstützt uns das Kultusministerium dabei?

Und hier liegt der Hase im Pfeffer, um bei der Osterhasen – Metapher zu bleiben. Damit das Ganze kostenneutral bleibt, hat das Kultusministerium auch gleich mit herausgefunden, dass die Klassengröße nichts mit dem Erfolg der so gelobten neuen Unterrichtsformen zu tun hat. Wir können also weiterhin in zu kleinen, baulich schlechten und materialmäßig rückständig ausgestatteten Räumen 30 Kinder und mehr fördern,

wenn's nicht klappt, sind die Lehrerinnen und Lehrer selber schuld.

Auch die von CDU und FDP ungeliebte Schulstrukturdebatte wird gleich noch mal in diesem Zusammenhang abgestraft, die bringt uns laut Frau Henzler auch nicht weiter, auch das habe praktischerweise das IQ mit herausgefunden.

Na, dann ist die Welt ja wieder in Ordnung, das Kultusministerium sowie der Finanzminister sind aus dem Schneider und die Privatschulen dürfen sich weiterhin über regen Zulauf freuen – die wissen nämlich, dass ausreichende, an den Stärken und Schwächen orientierte Förderung nur in kleinen Klassen möglich ist.

Frohe Ostern (nachträglich)!

Katja Plazikowsky

Klassengrößen an den Schulen für Lernhilfe

An die Hessische Kultusministerin

Sehr geehrter Frau Henzler,

der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer im Schulaufsichtsbereich Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis hat Ihnen – damals noch in Ihrer Eigenschaft als bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion - zusammen mit den Personalräten der betroffenen LH-Schulen eine Resolution übersandt, in der auf die prekäre Lage an den Schulen für Lernhilfe hingewiesen wurde. Zugleich wurden Ihnen sehr konkrete Forderungen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen vorgelegt und Sie um Unterstützung gebeten.

In Ihrer Antwort an den obengenannten Gesamtpersonalrat erklärten Sie, dass Sie die Situation der Lernhilfeschoolen zu verbessern für unterstützenswert halten.

Auch der Gesamtpersonalrat Wiesbaden/Rheingau-Taunus-Kreis begrüßt natürlich, dass durch die Streichung der sog. „Sternchenregelung“ schrittweise die Klassenobergrenzen an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und integrierten Gesamtschulen abgesenkt werden.

Wieder einmal scheint jedoch niemand dabei an die Förderschulen gedacht zu haben.

Die Folge: Eingangsklassen an Grundschulen werden in Zukunft vermehrt unwesentlich größer oder gar kleiner sein als Eingangsklassen an Schulen für Lernhilfe.

Wir halten dies für pädagogisch nicht tragbar und bitten Sie dringend, hier so schnell nachzubessern, dass die Änderungen wie in den anderen o.g. Schultypen bereits zum kommenden Schuljahr wirksam werden können. Wir halten eine Angleichung der Schülerhöchstzahl an Lernhilfeschoolen mindestens an die der Sprachheilschulen für geboten.

Mit freundlichen Grüßen, *Katja Plazikowsky*

Pannen beim Zentralabitur

Öffentlich entschuldigt sich Frau Kultusministerin Henzler bei den AbiturientInnen für zusätzliche Belastungen durch fehlerhafte Aufgabenstellungen in den Mathematik Klausuren des Landesabiturs (HKM-Presserklärung vom 30.03.09). Bezeichnenderweise hat sie aber kein Wort des Bedauerns für die Kolleginnen und Kollegen übrig, die nun durch Nachklausuren und Zusatzkorrekturen einer erheblichen Mehrbelastung ausgesetzt sind. Dies ist umso ärgerlicher, da ausgerechnet das immanente Misstrauen des Kultusministeriums den Lehrer/innen gegenüber dafür verantwortlich ist, dass die fehlerhaften Aufgabenstellungen nicht rechtzeitig korrigiert wurden: Hätte man die Aufgaben einen Tag vor der Prüfung den Schulen zur Verfügung gestellt, wäre allen Beteiligten viel Ärger erspart geblieben.

Übrigens: Zuständig für die Abi-Aufgaben ist das sogenannte Institut für Qualitätssicherung (IQ).

Presseinformation HKM vo, 1. April 2009

Wiederholung des Mathematik-Abiturs: Persönlicher Brief von Kultusministerin Henzler an alle Schulen

Lehrer sollen für Mehraufwand entlastet werden

Kultusministerin Dorothea Henzler hat in einem persönlichen Schreiben an alle Schulleiter, Lehrer und Schüler in Hessen nochmals ihr Bedauern über die Fehler in den Mathematik-Abituraufgaben zum Ausdruck gebracht. Sie bitte, schrieb die Ministerin, um Entschuldigung dafür, „dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte zusätzlich zu dem allgemeinen Abiturstress am Tag der Mathematik Klausuren diesen Belastungen und Irritationen ausgesetzt waren“.

Die Ministerin bestätigte zugleich den freiwilligen Nachschreibetermin am 30. April. „Die Schülerinnen und Schüler, die die Prüfung wiederholen möchten, müssen sich bis zum zweiten Schultag nach den Osterferien, also bis Dienstag, den 21. April, dafür anmelden.“ Ein entsprechender Erlass sei an alle hessischen Schulen mit gymnasialer Oberstufe und an alle beruflichen Gymnasien verschickt worden. Darin sei ausdrücklich erklärt, dass die Möglichkeit, die Prüfung zu wiederholen, allen Schülern eingeräumt werde, unabhängig davon, welchen Aufgabensatz sie in der ersten Klausur am 27. März bearbeitet hätten. Das gebiete zum einen der Grundsatz der Gleichbehandlung. Zum anderen sei nicht auszuschließen, dass Lehrer und Schüler durch die Korrekturen und Hinweise in der Auswahl der Aufgaben beeinflusst worden seien. Gewertet werde dann das bessere der beiden Ergebnisse. Die Regelung gelte sowohl für den Grundkurs als auch für den Leistungskurs Mathematik.

Frau Henzler sagte weiter, ihr sei durchaus bewusst, dass der Nachschreibetermin eine große Mehrbelastung für die hessischen Lehrer darstelle.

„Deswegen werden wir die betroffenen Lehrkräfte unterstützen und den Schulleitungen die Möglichkeit geben, diese Mehrarbeit anzuerkennen, etwa durch Korrekturtag.“

Die genauen Modalitäten sollten im Dialog mit den Schulleitungen und den Verbänden festgelegt werden. „Ich bin sicher, dass wir damit eine tragfähige Lösung im Sinne der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer und der Schulen gefunden haben“, sagte die Ministerin.

Nach Pannen, Pech und Pleiten:

Die privatisierte Fortbildung ist der Letzte Schrei der hessischen Intelligenzquotenentwickler - Pardon, des Instituts für Qualitätsentwicklung (IQ).

Die Fortbildung der Lehrer soll endgültig dem Markt zum Fraß hingeworfen werden. Die *Monopolstellung staatlicher Fortbildungsträger* muss gebrochen werden, damit Schwung und Konkurrenz ins Spiel - Pardon, in die Fortbildung kommen. Freien Zugriff der privaten Konkurrenz auf die Schulbudgets und die privaten Taschen der Kollegen. Die *Bildungsmarktverzerrung* muss beseitigt werden! Schließlich wollen *Beratungsfirmen neue Wirkungsfelder* finden. Das HKM schreibt künftig sein Fortbildungsprogramm aus und „natürlich können sich auch staatliche Einrichtungen beteiligen, sofern sie mit Vollkosten kalkulieren und Wettbewerbsverzerrungen dadurch vermieden werden.(...) Die angebotsstimulierende Wirkung einer zahlungsfähigen Nachfrage bleibt nämlich unvollkommen, wenn z.B. die Staatlichen Schulämter Fortbildungen weiterhin zum Nulltarif anbieten können.“

Schöne Aussichten für die Engagiertesten unter uns bieten die folgenden Überlegungen der Qualitätsüberwacher:

„Will man freien Fortbildungsträgern und Universitäten künftig die Chance geben, landesweite Fortbildungsprogramme durchzuführen, muss allerdings ein Hindernis aus dem Weg geräumt werden: Für unterrichtsbezogene Entwicklungs- und Fortbildungsaufgaben braucht man i.d.R. Lehrkräfte – sie haben gleichsam ein Wissens- und Erfahrungsmonopol für Fragen zum Unterricht (Fachdidaktiker der Universitäten verfügen zwar über einschlägiges Wissen, aber nicht immer über einen hinreichenden Praxisbezug, außerdem ist ihre Zahl begrenzt). So scheinen freie Träger, für die üblicherweise keine größere Zahl aktiver Lehrerinnen und Lehrer arbeitet, als Anbieter gar nicht in Frage zu kommen. Möglich würde dies aber durch eine Regelung, die es Lehrkräften erlaubt, sich für die Übernahme von Fortbildungs- und Beratungsaufträgen bei entsprechender Gehaltskürzung (teilweise) befristet freistellen zu lassen – für den finanziellen Ausgleich müsste dann der entsprechende Träger sorgen.“ Das tut doch mal gut, gelobt zu werden!

Dies und noch viel mehr liest sich wie eine Episode aus dem kleinen Horrordröckchen (HKM und IQ: Fortbildung braucht Steuerung, Bestandsaufnahme und Überlegungen zur Weiterentwicklung). *Eilers*

Sanierungsstau trotz Konjunkturprogramm

In den letzten Jahren sind Mittel aus Bundes- und Landestöpfen in die Kassen der Schulträger geflossen, um die Mittagsbetreuung an Schulen auszubauen und nun winken weitere Millionen aus den Konjunkturprogrammen.

Einige ansehnliche Bauten wie die Mensa der Elly-Heuss-Schule oder die Aula des Gymnasiums am Mosbacher Berg konnten so endlich realisiert und medienwirksam eingeweiht werden. Dabei ist aus dem Blick der Öffentlichkeit geraten, dass die jahrzehntelange Vernachlässigung der Schulgebäude zu einem Sanierungsbedarf geführt hat, der erst zu einem kleinen Teil abgedeckt ist. Nach wie vor bröckelt in vielen Schulen der Putz, zieht es durch die einfach verglasten Fenster und drängeln sich die Schüler in zu kleinen Räumen. Die Befragung der örtlichen Personalräte zur Vorbereitung des für Mai angesetzten Gespräches zwischen Gesamtpersonalrat und Schulträger hat darüber hinaus gezeigt, dass Verwaltungsgebäude und Lehrerzimmer anscheinend systematisch zuletzt saniert werden, was man nicht gerade als motivationssteigernde Maßnahme bezeichnen kann. Lehrerzimmer sind in der Regel nicht nur sanierungsbedürftig sondern auch zu klein. Dringend erforderliche Arbeitsplätze sind entweder in Zahl und Ausstattung unzureichend oder fehlen völlig.

Ein weiteres häufig genanntes Problem ist die oft veraltete IT-Ausstattung der Schulen. Insbesondere wird bemängelt, dass Medienwarte fehlen, um die Geräte funktionsfähig zu halten. Auch in anderen Bereichen fehlt das Personal. Sekretariate sind unterbesetzt, Hausmeistern wird nicht genug Zeit für die Pflege der Schulgelände angerechnet und vor allem das Reinigungspersonal ist viel zu knapp bemessen: Die Beschwerden über verwahrloste Räume und stinkende Toiletten häufen sich.

Immer wichtiger wäre schließlich die Unterstützung der Lehrkräfte durch Sozialpädagogen.

Die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat wird die Anliegen der einzelnen Schulen gegenüber dem Schulträger vehement vertreten. Außerdem werden wir uns generell dafür einsetzen, dass der Schulträger für die o.g. Aufgaben mehr Personal einstellt und dass mehr Lehrerarbeitsplätze an den Schulen eingerichtet werden. *Zeit*

Was erwartet die Grundschule in dem Fach Englisch?

Die Studie von H. Böttger, Wissenschaftler an der Universität Eichstätt, über den Lernerfolg im Fach Englisch in der Grundschule hat aufhorchen lassen. 95 % der LehrerInnen bemerken am Ende der

5. Klasse keinen Unterschied zwischen Schülern und Schülerinnen mit oder ohne Vorwissen aus Grundschultagen.

Die Ergebnisse lassen sich auf verschiedene Arten deuten. Es können die Mängel des Unterrichts in den Klassen 3 und 4 herausgestrichen werden, es kann aber auch das Defizit in der Pädagogik des gymnasialen Unterrichts angeschaut werden.

Vor 15 Jahren wurde der erste Kontakt mit einer Fremdsprache in den Lehrplan der Grundschule aufgenommen. Damals war selbst die Sprache in das Ermessen der Schule gestellt, es konnte Englisch, Französisch oder eine andere Fremdsprache sein. Auch als die Ziffernnoten im 2. Schuljahr wieder eingeführt wurden, konnte der Lernerfolg in der Fremdsprache mit einer verbalen Beurteilung bescheinigt werden.

Ziel des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule ist es, die Neugier an der fremden Sprache und die Freude am Erlernen der Fremdsprache bei den 8jährigen Kindern zu wecken. Wie kann man das erreichen? Auf diese Frage gibt jeder selbstverständlich dieselbe Antwort: durch spielerischen Umgang in freundlicher, unterstützender Umgebung.

Nun kann es aber auch sein, dass die wirklichen Ziele des Englischunterrichtes in der Grundschule mittlerweile ganz andere sind. Wie schon in der Reduzierung von neun auf acht Jahre zum Erreichen des Abiturs praktiziert, ist ökonomische Effizienz der schulischen Ausbildung das oberste Ziel der konservativen Bildungspolitik. Wozu 9 Jahre Gymnasium finanzieren, wenn es auch in 8 Jahren geht? Dasselbe Denken begegnet uns in der Diskussion um den Englischunterricht. Es wird beklagt, dass in zwei Grundschuljahren, in denen die Kinder zwischen 8 und 10 Jahre alt sind, nicht mehr gelernt bzw. nicht mehr Lernstoff verankert werden kann, als während eines halben Jahres in der 5. Klasse, wenn die Kinder mittlerweile 11 und 12 Jahre alt sind. Mit dieser Logik könnte man auch begründen, das Einmaleins erst in der 7. Klasse durchzunehmen. Da lernen es die Jugendlichen nämlich in wenigen Tagen, während in der 2. Klasse ein halbes Schuljahr darauf verwandt wird.

Mit der Idee der frühen Einschulung im Alter von 5 Jahren, umschrieben mit dem neuen Begriff der „Kinderschule“ aus dem bildungspolitischen Vokabular der FDP, schlägt das Argument wieder in die entgegengesetzte Richtung. Wenn manche Kinder im Alter von 6 Jahren noch keine Schere und keinen Stift richtig halten können, dann sollen sie es jetzt mit 4 – 5 Jahren trainieren. Mit 7 Jahren lernt ein Kind das in 3 Tagen. Entwicklungspsychologische Ideen werden bei diesen politischen Diskussionen bis zur völligen Ignoranz ausgeblendet.

Wie kann man einem Kind die Neugier und Lust an der Fremdsprache mit Sicherheit vergraufen? Auch das wissen viele Erwachsene aus Erfahrung: mit Fehler-suche und Notengebung. Wenn ein Kind schon in der Grundschule mit einer Note 4 bescheinigt bekommt,

dass es Probleme hat, sich Vokabeln zu merken und eine fremde Sprache nicht versteht, wird sich das in seiner Selbsteinschätzung unweigerlich festsetzen.

Gerade im Erlernen einer Fremdsprache, besonders dem Erlernen der englischen Sprache, kann auf eine große Leistungsmotivation zurückgegriffen werden. Die Kinder sind von englischen Begriffen, Sätzen, Texten im Alltag umgeben. Der Hinweis darauf, dass diese Sprache zu entschlüsseln und anzuwenden ist, reicht schon aus, die Motivation zu wecken. Das haben die LehrerInnen der 5. Klassen erfahren. Jetzt wird dieser Motivationsschub in der 3. Klasse genutzt und in der 5. Klasse ist die außengesteuerte Leistungsmotivation schon dominant. Es muss unbedingt vermieden werden, dass durch die Festlegung von leistungsorientierten Bildungsstandards diese Haltung jetzt schon in der 4. Klasse Einzug hält. *utha*

Fachgruppe Grundschule

Am 11. März traf sich die Fachgruppe Grundschule zum Austausch über den Grundschulbereich. Diese Treffen bieten immer ein gutes Forum, um sich über den Stand der Dinge an anderen Wiesbadener Grundschulen zu informieren und Ideen der eigenen Schulen nach außen zu tragen.

Ute Harlos berichtete zunächst über die Aktion „Grundschule stärken“, die von der Landesfachgruppe Grundschule initiiert wurde: Diese Aktion wird von RektorInnen und Personalräten unterstützt und nun auch von Elternseite mit getragen.

Dass unsere neue Kultusministerin Frau Dorothea Henzler heißt und aus den Reihen der FDP stammt, ist uns nun hinlänglich bekannt. Was sie an „Neuerungen“ für den Bildungsbereich geplant hat, war dann Teil unserer Diskussion an diesem Abend.

Den Wegfall der so genannten „Sternchenregelung“ und die damit verbundene Reduzierung der Klassengrößen an Grundschulen von 28 auf 25 Kinder halten wir für keinen pädagogischen Meilenstein. Eine Gruppengröße von 25 Kindern ist immer noch viel zu hoch und weit entfernt von einem pädagogisch sinnvollen Maß.

Mit ihrer ursprünglichen Forderung nach der „Kinderschule“ konnte sich Frau Henzler nicht durchsetzen. Stattdessen soll nun das letzte Kindergartenjahr ein Schulvorbereitungsjahr sein, in dem die Kinder ihre kognitiven, sozialen und sprachlichen Kompetenzen verbessern sollen.

Unserer Ansicht nach entsteht damit natürlich ein enormer Druck auf die Erzieherinnen in den Kindergärten. Standards und Zielsetzungen müssen erfüllt und individuelle Förderpläne verfasst werden.

Warum hier nicht in eine Richtung gedacht wurde, in der einige Wiesbadener Grundschulen bereits seit Jahren konstruktiv und erfolgreich arbeiten, ist uns un-

begreiflich: Wir meinen hier die jahrgangsgemischten Eingangsstufen der Diesterwegschule und der Anton-Gruner Schule, in denen SozialpädagogInnen, GrundschullehrerInnen und FörderschullehrerInnen im Team zusammenarbeiten und die Kinder auf hohem Niveau fördern. Die Vermutung liegt nahe, dass das neue Modell unserer Kultusministerin nicht unbedingt von besserer Qualität ist, aber einfach kostengünstiger!

Der „Bildungs- und Erziehungsplan“ für Kinder von 0 bis 10 Jahren bildet auch künftig die Grundlage all dieser Neuerungen. Zur Zeit beschäftigen sich viele Grundschulkollegien mit den Möglichkeiten der Umsetzung dieses Plans. Und genau hier offenbaren sich auch seine Grenzen: Die oftmals abstrakt formulierten Ziele lassen sich nicht ohne weiteres auf Klassen bzw. Jahrgangsstufen übertragen. Sie zu konkretisieren und Schritte zur Umsetzung zu entwickeln gehört dann wohl zu unseren Aufgaben. Einige Kollegien haben schon damit begonnen, eigene Raster zu entwickeln, die auf Jahrgänge oder Klassen übertragbar sind.

Sehr interessant fanden wir die Informationen zweier Kolleginnen zum Netzwerk der Stadt Wiesbaden „Finanzielle Förderung von gemeinsamen Projekten von Kindergärten und Grundschulen“. Allen vorgestellten Projekten ist gemeinsam, dass Kindergartenkinder und Grundschulkinder für die Dauer eines Schuljahres zusammen an einer Sache arbeiten. Diese Arbeit muss dokumentiert und schließlich ausgewertet werden. Absprachen zwischen Kindergärten und Schulen müssen natürlich auch erfolgen. Inhaltlich sind die Projekte aber sehr unterschiedlich: Vom Bewegungsprojekt bis hin zum Experimentieren mit Wasser findet man eine Bandbreite an Möglichkeiten zur Umsetzung. Auch in der Organisation ist man recht frei: die Gruppengröße variiert, auch die Orte der Veranstaltungen sind nicht festgelegt. Beantragen kann man die Gelder bei der Stadt Wiesbaden. Mit einer dreimonatigen Bearbeitungszeit bis zur Realisierung des Projekts muss man rechnen.

siroh

Was ist los mit der Fachgruppe Gymnasien?

Gut besucht war die Fachgruppe Gymnasien schon seit langem nicht mehr. Am 17. März wurde aber der traurige Tiefpunkt erreicht: Nur eine Kollegin und ein Kollege fanden sich zum Treffen der Fachgruppe ein. Dabei gibt es mehr als genug Problemfelder, zu denen wir Positionen formulieren und Aktionen planen sollten:

G8-Lehrpläne, Mittagsbetreuung, Vergleichsarbeiten, Zentralabitur, Förderplanarbeit, die Situation der Oberstufengymnasien u.a.

Wir laden daher zu erneut zu einem Treffen der Fachgruppe Gymnasien ein:

Einladung zur Sitzung der Fachgruppe Gymnasien

Mittwoch, 06. Mai 2009

19.00 Uhr

in der Geschäftsstelle der GEW
Gneisenastr. 22

Tagesordnung

1. Meinungsaustausch
2. Vorschläge für Aktionen, z.B. Formulierung einer „Überlastungsanzeige“ nach §§ 15,16 ASchG
3. Verschiedenes

Mit kollegialen Grüßen
Michael Zeitz, KV-Wiesbaden,
m.zeit@o2online.de

P.S.: Die Einladungen zur Fachgruppe werden derzeit per Mail über die Personalräte der Gymnasien verteilt. Wer die Einladung direkt per Mail erhalten möchte, wird gebeten mir eine entsprechende Mitteilung an die o.g. Mailadresse zu schicken.

Wer wird KonrektorIn?

Die einzigen beiden Stufen einer kurzen Karriereleiter für eine Grundschullehrerin oder einen Grundschullehrer sind die Übernahme einer Funktionsstelle als Konrektorin oder RektorIn, wenn man mal von einer DezernentInnenstelle im Schulamt absieht.

Mittlerweile ist kaum jemand mehr bereit, diesen Weg einzuschlagen - niemand aus dem Kreis der KollegInnen, die eine feste Beamtenstelle haben. Die Gründe liegen auf der Hand:

- enorme Arbeitsbelastung
- absolute Verantwortlichkeit nach allen Seiten
 - gegenüber den Vorgesetzten im Schulamt,
 - gegenüber dem Kollegium,
 - gegenüber den Eltern.
- eine riesige Spannweite im Aufgabenfeld:
 - Verwaltung von Finanzmitteln,
 - Einstellung von Vertretungskräften
 - Umsetzen von Innovationen

Zur Erfüllung dieser Aufgaben steht eine Entlastung von 6 Wochenstunden für KonrektorInnen und 10 Wochenstunden für RektorInnen zur Verfügung - streng nach Größe der Schule gestaffelt. Der Zuverdienst im Gehalt beläuft sich auf ca. 120 € monatlich für eine(n) KonrektorIn an einer großen Grundschule (mit mehr als 350 SchülerInnen). Der Rektor bzw. die Rektorin einer Grundschule erhält nicht viel mehr als das Gehalt eines Berufsanfängers im gymnasialen Bereich.

So weit - so schlecht.

Nun gibt es noch einen anderen Missstand im System der Grundschule und bei der Kombination wird es interessant. Obwohl sehr viele Unterrichtsstunden vertreten werden müssen, gibt es keine zusätzliche Berechnung der Vertretungsstellen. Wie bekannt, ist der Anteil der Frauen im Bereich der Grundschule besonders hoch, eine bestimmte Anzahl der Beamtinnen befindet sich im Mutterschutz oder in der Elternzeit. Auch der Faktor der Überalterung in den Kollegien kann eingeplant werden. Viele KollegInnen fallen durch längerfristige Erkrankung aus. Auf die Anzahl aller LehrerInnen in Hessen sind die-se Fehlzeiten durchaus berechenbar. Es wird aber so getan, als sei jeder Krankheitsfall völlig unvorhersehbar und die einzige Möglichkeit, die ausfallenden Stunden zu vertreten, besteht darin, eine Lehrkraft mit einem Angestelltenvertrag kurzfristig und für eine kurze Frist einzustellen. Die Personen, die dazu bereit sind so einen Angestelltenvertrag zu unterzeichnen, arbeiten dann unter denkbar ungünstigen Bedingungen. Selbst wenn sie an einer Schule fest für mehrere Schuljahre eingeplant sind, wurde ihnen bis dato zum Schuljahresende gekündigt, damit die Agentur für Arbeit die Lohnzahlung übernimmt. Wenn sie dann zum Beginn des nächsten Schuljahres wieder eingestellt werden, hat das Land Hessen sechs Wochen Lohnzahlung gespart, die Sozialkasse musste die Kosten übernehmen und die Lehrkräfte haben einen fürchterlichen Verwaltungsaufwand abzuwickeln. Es wird ihnen nicht zugestanden, sich in den Sommerferien auf die neuen Aufgaben in der Schule vorzubereiten, wie es von jeder Beamtin und jedem Beamten im Schuldienst erwartet wird. Nach langen Verhandlungen und Klagen vor Gericht musste das Hessische Kultusministerium die-se Praxis zugunsten der Angestellten verändern, allerdings sind noch viele Bedingungen zu erfüllen, bevor die Sommerferien vom Land Hessen bezahlt werden.

Ausdrücklich ist es den Vertretungskräften untersagt, eine Klassenführung zu übernehmen. De facto ist der Einsatz an den Grundschulen meist gar nicht anders möglich. Oft gibt die Rektorin/der Rektor pro forma die Unterschrift auf den Zeugnissen, die Arbeit der Klassenführung liegt selbstverständlich bei der angestellten Vertretungskraft.

Natürlich hoffen viele dieser KollegInnen, die zu diesen Bedingungen arbeiten, auf eine feste Planstelle. Was liegt also näher, als sich auf die unliebsamen Funktionsstellen der KonrektorInnen zu bewerben? Auch hier wieder eine ungedankte Aufgabe, viel Verantwortung für wenig Geld – das kennen die BAT-Kräfte ja schon.

Wie stellt sich aber diese Situation für die Kollegien dar?

Die Schulleitung bekommt von Seiten der Politik ständig mehr Entscheidungsbefugnisse zugesprochen. In Jahresgesprächen sollen sie KollegInnen führen, motivieren, anleiten. Wie soll das einer Lehrkraft möglich sein, die offiziell während 2 oder 3 Jahren als Vertretungskraft noch nicht mal eine Klassenführung übernehmen konnte?

Im Sinne von Qualität und Bestenauslese für Leitungsfunktionen fordert die GEW für die Einstellung einer Konrektorin oder eines Konrektors den Nachweis von beruflicher Erfahrung in der Schule und gute Kenntnisse im Personalvertretungsgesetz. Unser Ziel ist es, kompetente Schulleitungen installiert zu wissen. Die Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung, die sich in der Entlohnung ausdrückt, müssen dringend geändert werden. Dass eine Veränderung mit finanziellen Anreizen auch kurzfristig möglich ist, zeigt die Aktion des Kultusministeriums „Lehrer nach Hessen“. Dort wurden verschiedenen Personen, die keine pädagogische Ausbildung haben, Stellen an Schulen angeboten – es musste nur ein Mangelfach mit der Einstellung abgedeckt werden. Diese „Quereinsteiger“ sollen von KollegInnen angelernt werden (ohne eine Entlastung der KollegInnen!) und bekommen sofort ein normales Gehalt im Sinne des BAT. Mit einem Gehalt der Größenordnung für ReferendarInnen hätte niemand sich dazu bereit erklärt diese Aufgaben zu übernehmen. Das war dem Ministerium sofort klar, also gab es finanzielle Anreize.

Natürlich ist die GEW Fraktion im Gesamtpersonalrat immer bereit, einer Einstellung einer Kollegin bzw. eines Kollegen zuzustimmen, der/die sich als geeignet erweist und an der Schule willkommen ist. *utha*

Freie Wahl der Kindertagesstätte per Gutschein

Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Wiesbadener Rathaus, Chris Diers, hat eine phänomenale Idee wie er sich profilieren kann: Das Gutscheinsystem für Kitas! Eltern erhalten einen Gutschein von der Stadt und suchen sich den Kindergarten, der ihnen am Besten gefällt für ihr Kind. Bei vielen Anfragen gibt es viel Geld für die Kita. Wem nutzt das außer Herrn Diers?

Sehr geehrter Herr Diers,

Mit Erstaunen und Verwunderung lese ich von Ihrem „Gutschein-System“ bei der Betreuung von Kindern. Eine gute Idee, die Betreuung der Kleinsten zu verbessern!

Sie haben sowohl die räumliche Ausstattung als auch die qualitätsbewusste pädagogische Begleitung unserer kleinen Mitbürger im Auge und - selbstverständlich stehen diese - die Kinder - im Mittelpunkt unseres Interesses.

Huch, seltsam, genauso war es bisher doch auch!

Nie stand für mich jemand anderes als die Kinder im Mittelpunkt. Fortbildungen, die ich mache, beziehen sich auf Sprachstandserhebungen und -förderung, Pädagogik und Bildung, gemeinsame Erziehung, interkulturelle Arbeit, Professionalisierung und Qualitätsmanagement.

Ich bemühe mich um eine Konzeptentwicklung, die die Bedürfnisse der Kinder und auch der Eltern abdeckt.

Der Bildungsplan begleitet mich natürlich dabei. Da geht es eigentlich nur um „Subjektförderung“, nämlich um das Wohl des Kindes. Na ja, natürlich geht es auch um eine Qualitätssteigerung. Da ziehen alle Einrichtungen, egal welcher Träger, tatkräftig an einem Strang.

Sie möchten gerne das Niveau durch Wettbewerb steigern. Wahrscheinlich darf ich mir das ein wenig so wie Freie Marktwirtschaft vorstellen. Da ziehen dann nicht mehr alle an einem Strang, um gemeinsam etwas zu erreichen. Das wird wohl eher einem Tauziehen in verschiedene Richtungen gleichen und eine Seite verliert dabei bekanntlich immer.

Ich muss Ihnen sagen, wir können uns eigentlich nicht über Nachfragen zur Anmeldung beklagen. Die Warteliste ist immer lang. Außerdem haben wir mit der Arbeit am Kind so viel zu tun, dass wir zum Tauziehen gar keine Zeit haben. Aber vielleicht könnten Sie sich ja darum kümmern, dass der Erzieher/in-Beruf etwas angemessener bezahlt wird, dass die Gruppengrößen reduziert werden, dass uns vielleicht etwas mehr Vorbereitungszeit zugestanden wird. Das wäre wirklich toll, denn dann könnten wir uns auch um das Tauziehen kümmern, Herr Diers.

Ach, ich hätte da noch eine letzte Frage, wenn die Eltern ihre Gutscheine alle in Sonnenberg oder so abgeben wollen, weil es dort so schön ist und das Einzugsgebiet so nett ist, werden dann in diesen Kindergärten auf Grund dieses Votums neue Kapazitäten geschaffen? Dann sitzen die Kitas mit anderem Einzugsgebiet ja wohl am Boden und haben das Tauziehen verloren! Mit freundlichen Grüßen verbunden mit der Hoffnung, dass wir am selben Strang ziehen, *U.E.*

Es rumort in Obermayrs Privatschulimperium

Seit der Gründung einer privaten Handelsschule in Wiesbaden durch Obermayr-Senior expandiert das Privatschulunternehmen scheinbar unaufhaltsam. Mittlerweile umfasst es Krippen, Kindergärten, Grundschulen, Realschulen und Gymnasien, die auf die Standorte Wiesbaden, Rüsselsheim, Taunusstein und Schwalbach verteilt sind. Dependancen wurden jüngst sogar in England und Marokko gegründet.

Obermayr wirbt um zahlungskräftige Eltern (ein Jahr im Obermayr-Gymnasium kostet rund 4500 €) unter anderem mit einem bilingualen Angebot in seinen „Europaschulen“ und mit Mittagsbetreuung und individueller Förderung, wie sie von den unterfinanzierten öffentlichen Schulen nicht geboten werden kann. Es liegt allerdings auch die Vermutung nahe, dass im Gegensatz zum offiziellen Anspruch einer „Europaschule“, die Völkerverständigung auf ihre Fahnen geschrieben hat, etliche betuchte Eltern für Obermayr optieren, weil ihre Sprösslinge dort unter „ihresgleichen“ lernen dürfen.

Kratzt man etwas stärker an der schönen Fassade, muss man außerdem feststellen, dass sich Obermayr den schicken, aber nicht geschützten Zusatz „Europaschule“ schlicht selbst verliehen hat!

Die pädagogische Qualität des privaten Bildungsunternehmens wird aber vor allem durch die starke Fluktuation des Personals in Frage gestellt. In Zeiten des Lehrermangels wird es für Obermayr immer schwieriger, qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer zu finden, die das mäßige Gehalt und die schlechten Arbeitsbedingungen des Betriebes akzeptieren. Den Campus Erbenheim sollen allein in den letzten zwei Jahren 15 Lehrer/innen verlassen haben. Trotz massiver Einschüchterung kritisierten im Februar mehrere ehemalige Obermayr-Lehrkräfte das Schulunternehmen öffentlich. In den Tageszeitungen „Frankfurter Rundschau“ und „Main-Spitze“ wurden Vorwürfe über Mobbing seitens der Schulleitung erhoben, die fehlende Dialogkultur und schlechte Pausenregelungen für Lehrer wurden beklagt. Ehemalige Obermayr-Lehrkräfte aus Wiesbaden und Rüsselsheim bestätigten diese Berichte in den Online-Kommentaren zu den erwähnten Artikeln und berichteten über ständige Personalfluktuatation, fehlende Einarbeitung neuer Lehrkräfte, autokratischen Führungsstil etc. Wir können alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen nur ermuntern weiterhin ihre Kritik an Obermayr und anderen Privatschulen öffentlich zu machen - gerne auch über den KV-Wiesbaden - um die Marketing-Mogelpackungen der Bildungsunternehmer zu entlarven und ihre Expansion zu stoppen:

Chancengleichheit braucht öffentliche Bildung!

Geheime Verträge der Stadt Wiesbaden mit der privaten „European Business School“?

Seit Wochen fordert die Lehrgewerkschaft GEW-Wiesbaden von Oberbürgermeister Dr. Müller die Offenlegung der vertraglichen Vereinbarungen mit der privaten European Business School (EBS) in Oestrich-Winkel.

Nun haben wir zu unserer Freude kürzlich aus der Frankfurter Rundschau (FR) erfahren, dass nach Ansicht von Dr. Müller der Kooperations- und Zuschussvertrag der Stadt Wiesbaden mit der EBS bereits einsehbar sei.

Das Wiesbadener Rechtsamt sieht das allerdings völlig anders und ist lediglich bereit, interessierten BürgerInnen eine dürftige Presseerklärung zu dem aktuellen Vertragswerk zur Verfügung zu stellen.

Die GEW-Wiesbaden fragt sich, weshalb es offensichtlich nicht gewünscht wird, diesen Vertrag den SteuerbürgerInnen offenzulegen. Warum diese Geheimniskrämerei, was soll möglicherweise nicht öffentlich diskutiert werden? Gibt es etwa weitreichende Nebenabsprachen?

Offiziell wurde den Wiesbadener BürgerInnen mitgeteilt, dass die Stadt für die Unterstützung der EBS über 3 Millionen Euro für 15 Jahre zur Verfügung stellt. Voraussetzung dafür ist u.a. angeblich die Ansiedlung von drei akademischen Fachbereichen bis spätestens 2010.

In der FR vom 6./7. September 2008 ließ EBS-Rektor Dr. Jahns endlich die Katze aus dem Sack. Das angestrebte zweite Standbein ‚Business Law Institute‘ (hessisch: Rechtswissenschaften) verschlingt in den ersten acht Jahren 150 Millionen Euro. Davon seien bereits 125 Millionen Euro durch Unternehmens- und Privatspenden sowie Studiengebühren (12.000 Euro/Jahr) gedeckt. Die restlichen 25 Millionen Euro (lt. FR) erbettelt die EBS als Zuschuss vom Land Hessen. Im Wiesbadener Kurier ist mittlerweile von 30 Mio. Euro als Anschubfinanzierung (Zuschuss vom Land Hessen) sowie weiteren Investitionskosten von 90 Mio. Euro die Rede, die von der privaten EBS selbst ‚gestemmt‘ würden. Rechtzeitig zur Fassenacht konnte nun die private EBS in Oestrich-Winkel die Sektkorken knallen lassen, denn Frankfurter Rundschau und Wiesbadener Kurier berichteten, dass OBÜ Dr. Müller die prall gefüllten Spenderhosen ausgerechnet im EBS - Schloss Reichartshausen entleert.

Unglaublich, aber wahr: Kaum sind die 22 Millionen Euro aus dem Lehmann Brothers Geschäft glücklicherweise wieder sicher im Stadtsäckel eingegangen, da ist auch schon die Hälfte wieder weg und zwar für die nächste Finanzierungszusage an die eigentlich private EBS, damit endlich die Stadt Wiesbaden UNI-Stadt werden kann...für die Errichtung des zweiten Standbeins (Business Law Institute) hat die EBS erfolgreich weitere 25 Millionen Euro an Steuergeldern vom Land Hessen und der Stadt Wiesbaden erbettelt. Laut FR sagte Dr. Müller, „... jetzt seien Stadt und Land bereit, sich die Anschubfinanzierung von 25 Millionen Euro zu teilen.“

Die Stadt Wiesbaden zählt zu den Mitgliedern des Kuratoriums der EBS-Stiftung. OB Müller ist laut FR Vorstandsvorsitzender einer Gesellschaft zur Förderung der privaten „European Business School“.

Mit 12,5 Millionen Steuergeldern will OB Müller eine „offene Wunde der Stadt“ schließen. Den Betrag soll die private European Business School (EBS) als „Anschubfinanzierung“ bekommen, damit Wiesbaden endlich auch Universitätsstadt werden kann.

Wiesbadener BürgerInnen finanzieren somit die private EBS mit sage und schreibe rund 16 Millionen Euro: Dabei wurden 3 Millionen Euro bereits durch den Kooperations- und Zuschussvertrag gewährt und

jetzt darüber hinaus zusätzlich 12,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Dabei ist zu bedenken, dass unsere Wiesbadener Fachhochschule einen Sanierungsbedarf von gut acht Millionen Euro ermittelt hat, wie Prof. Dr. Reymann (Präsident der Fachhochschule) in einem Interview mit der IHK feststellte. An der FH studieren zur Zeit etwa 9000 Studenten und sie platzt aus allen Nähten.

In der aktuellen bildungspolitischen Diskussion wird es mittlerweile auch europaweit als Skandal bezeichnet, dass Bildungschancen junger Menschen in Deutschland zunehmend vom sozialen Status ihres Elternhauses abhängig sind. Die verfassungsrechtliche Vorgabe unseres Grundgesetzes nach Art. 7 Absatz 4 legt dazu in diesem Zusammenhang ausdrücklich fest, dass auch in Privatschulen „...eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“. Bei der EBS liegt es auf der Hand, dass bei Studiengebühren von aktuell ca. 12.000 Euro pro Jahr diese verfassungsrechtlich unerwünschte ‚Sonderung‘ faktisch eintritt.

Vor diesem Hintergrund stünde es der Landeshauptstadt Wiesbaden auf dem Weg zu einer anerkannten Universitätsstadt besser an, sich mit der Kooperation einer öffentlichen Fachhochschule oder breit aufgestellten ‚richtigen‘ Universität zu schmücken, anstatt mit beträchtlichen Steuergeldern eine von der angeblichen Wirtschaftselite geprägte rein private Hochschule zu alimentieren, die sich eigentlich selbst finanzieren können müsste.

Bis auf die „Linke Liste“ haben alle Rathausfraktionen Müllers Begehren in der Finanzausschusssitzung am 18.3.09 zugestimmt. Die Linke Liste möchte das Geld lieber in die Sanierung und Ausstattung der Wiesbadener Schulen stecken. Herr Schlempp (FDP) kann es „nicht mehr ausstehen, dass immer und immer wieder eine Konkurrenzsituation zwischen der EBS und den öffentlichen Schulen“ hergestellt werde. Für die Schulen wurden in den letzten zwei Jahren genug Mittel eingesetzt. Mehr ginge zur Zeit nicht, weil es dafür keine Handwerker mehr gäbe.

Die GEW Wiesbaden unterstützt ausdrücklich die Kritik des FH-Präsidenten an der Alimentierung der privaten EBS mit Wiesbadener Steuergeldern und schlägt vor, auf einer gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung ein Bündnis gegen dieses Vorhaben auf den Weg zu bringen. Vor dem Hintergrund dieses merkwürdigen Umgangs mit Wiesbadener Steuergeldern fordert die GEW-Wiesbaden

1. den Oberbürgermeister Dr. Müller erneut auf, endlich die zugesagte Offenlegung der Verträge der Stadt Wiesbaden mit der EBS einschließlich etwaiger Nebenabsprachen sicherzustellen sowie
2. zu klären, inwieweit Wiesbadens Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bereits vor Abschluss des Kooperations- und Zuschussvertrages mit der EBS die Pläne und der Gesamtfinanzie-

rungsrahmen für das Business Law Institute bekannt waren.

3. SPD, GRÜNE und LILI auf, darauf hinzuwirken, dass das Land Hessen und die Stadt Wiesbaden die vom EBS-Rektor Dr. Jahns neuerdings zusätzlich geforderte Anschubfinanzierung eines sogenannten Business Law Institutes in Höhe von 25-30 Mio. Euro nicht gewähren. *Hajo Barth*

Als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft meinen wir:

Chancengleichheit in einer Demokratie bedeutet, dass Bildung für alle auf keinen Fall zu einer Ware für einige Wenige verkommen darf!

Keine Finanzierung privater Bildungseinrichtungen mit öffentlichen Mitteln! Das Geld gehört in die öffentlichen Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen!

Wenn Mammi und Pappi mich erziehen sollen, müssen sie mehr Zeit für mich haben!

Gewerkschafter, handelt!

Seit Jahren enden sozialpolitische Ossietzky-Artikel mit dem Refrain: Die Erwerbsarbeitszeit muß kräftig verkürzt werden, und zwar auf nicht mehr als sieben Stunden an nicht mehr als vier Tagen in der Woche, insgesamt also maximal 28 Stunden. Im vorigen Heft erwähnte Volker Bräutigam eine schon seit längerem vorliegende Studie, die angesichts des gegenwärtigen Standes der Produktivitätsentwicklung zu dem Ergebnis kommt, daß wir die 25-Stunden-Woche einführen müssen, um Vollbeschäftigung zu erreichen.

Die Krise, die in der viel zu langen Arbeitszeit der einen und der Arbeitslosigkeit der anderen eine ihrer Hauptursachen hat, bewirkt nun, daß der Ruf nach Arbeitszeitverkürzung aufgenommen und mehrstimmig verbreitet wird. Es kursieren Aufrufe für die 30-Stunden-Woche. Jetzt erreichte uns einer, der die 35-Stunden-Woche fordert. Es bewegt sich etwas. Auch sehr Ängstliche fassen ein bißchen Mut. Die Erkenntnis breitet sich aus, daß der technische Fortschritt nicht länger einseitig dem Kapital zugute kommen darf. Wenn die Produktivität ständig wächst, wenn also für die Produktion (auch für viele sogenannte Dienstleistungen) immer weniger Arbeitskraft aufzuwenden ist, dann müssen wir es als töricht und inhuman begreifen, daß die individuelle Erwerbsarbeitszeit in den vergangenen Jahren sogar wieder verlängert worden ist: Der Gesetzgeber hat die Lebensarbeitszeit für Frauen

und Behinderte um fünf Jahre verlängert und setzt jetzt das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre herauf; Feiertage und Arbeitspausen wurden gestrichen, Urlaub wird gekürzt, der Krankenstand durch Druck auf die Kranken gesenkt, und viele Unternehmer verlängern die Wochenarbeitszeit aufgrund tariflicher Öffnungsklauseln, die ihnen die Gewerkschaften zugestanden haben. Wer noch einen Arbeitsplatz hat, soll schuffen bis zum Umfallen oder Durchdrehen, wer keinen mehr hat, soll sehen, wo er bleibt, oder seine Arbeitskraft zu immer noch schlechteren Bedingungen anbieten.

Müssen wir uns da nicht sofort denen anschließen, die immerhin endlich zu kleinen Schritten bereit sind? Vorsicht! Wie wir sie kennen, würden sie während der Verhandlungen ihre Forderungen weiter reduzieren und am Ende schon eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um zehn Minuten bejubeln. Selbst wenn sie ernsthaft vorhaben, zwei oder drei Jahre später ein nächstes Schrittchen zu gehen, kommen wir so nicht voran, weil ja die Produktivität weiter steigt. Die Massenarbeitslosigkeit bleibt. Vollbeschäftigung wird unerreichbar.

Die Massenarbeitslosigkeit ist (neben den Verblödungsmedien) die stärkste Waffe des Kapitals, um die Lohnabhängigen gefügig zu machen. Sie ist ein Mittel permanenter Erpressung: Wenn Ihr nicht klein beigibt und still haltet, bekommen andere Euren Arbeitsplatz, es gibt ja genug. Mit diesem Knüppel wird das Kapital die Abhängigen schlagen, solange es herrscht – es sei denn, sie erkämpften sich die Vollbeschäftigung. Dann wäre die Kapitalherrschaft entscheidend geschwächt. Weil das dem Kapital klar ist und es sich nicht entwaffnen lassen will, wird der Kampf hart sein – aber er ist notwendig.

Eine Arbeitszeitverkürzung in kleinen Schritten würde vermutlich nicht einmal zur Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte führen, eher zu mehr Belastung, stärkerer Ausbeutung der Beschäftigten. Die Einführung der Vier-Tage-Woche hingegen brächte unter anderem den großen Vorteil, daß viele Arbeitsplätze, je nachdem wie lange sie besetzt sein müssen, mit zwei (oder drei oder vier) einander ablösenden Arbeitskräften besetzt werden müßten.

Manche braven Gewerkschafter, die, vom Bastakanzler eingeschüchtert, jahrelang das Wort Arbeitszeitverkürzung gar nicht mehr in den Mund genommen haben, meinen jetzt, für ein Entgegenkommen der Unternehmer den Verzicht auf einen Teil des Lohnes anbieten zu sollen. Gefährlicher Unsinn. Es fehlt nicht an Geld. Es gibt so viel davon, daß es jetzt in der Krise vernichtet werden muß, weil die, die es besitzen, längst nichts mehr damit anzufangen wissen. Durch Vollbeschäftigung aber entsteht Kaufkraft, und es wird auch wieder viel mehr Geld in die Steuer- und Sozialversicherungskassen fließen – die Verarmung von Renten-, Kranken-, Pflege- und anderen Kassen war ja hauptsächlich eine Folge der Massenarbeitslosigkeit. Arbeitszeitverkürzung muß mit vollem Lohnausgleich

einhergehen. Wenn die Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung in kleinen Schritten, die ihnen nichts brächte außer größerem Streß, auch noch selber finanzieren sollten, nachdem sie in den vergangenen Jahren schon schmerzhaft Reallohnverluste erlitten haben, werden sie sie vernünftigerweise ablehnen.

Bleibt der dringend notwendige Kampf um die Verteilung der Erwerbsarbeit aus, dann drohen gerade jetzt in der Krise massenhafte Kurzarbeit, noch mehr Arbeitslosigkeit, Verarmung breiterer Schichten, Rezession mangels Nachfrage, noch mehr Pleiten, noch mehr Unsicherheit und Angst, noch mehr Krise.

Gewerkschafter, wann besinnt Ihr Euch auf das Notwendige? Die Autorität des Kapitals ist geschwächt, zumal es, außer noch brutalerer Ausbeutung, kein Konzept hat. Verschlafte die Situation nicht. Sonst wird sich Euer Mitgliederschwund fortsetzen. Und der Eures Durchsetzungsvermögens. Analysiert die Krise der 1920er, 1930er Jahre. Und handelt. *Eckart Spoo*

(aus: *Ossietsky 5*, 7. März 2009, *Zweiwochenzeitschrift für Politik/Kultur/Wirtschaft*)

Resolution

an DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Lieber Michael, lieber Frank !

Die aktuelle Finanzkrise führt uns deutlich vor Augen, dass die Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft hin zum Neoliberalismus, die seinerzeit von der rotgrünen Koalition initiiert wurde, falsch war.

Erst die Schröder-Regierung und nun die Große Koalition haben es ermöglicht, dass die Sozialpartnerschaft aufgekündigt wurde. Abhängig Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose und

SozialhilfeempfängerInnen wurden zu Bittstellern gemacht. Bildung und Gesundheit sind zu einer Frage des Geldbeutels geworden. Nie war die Kinderarmut in Deutschland höher als heute – und das in einem der reichsten Länder dieser Welt. Zunehmend Dumpinglöhne, Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse - auf den Punkt gebracht hat eine Sklavenhaltung der modernen Zeit Einzug gehalten.

Änderungen der Steuergesetzgebung haben dazu geführt, dass sich dramatische Verschlechterungen auf der Einnahmeseite der öffentlichen Hand zeigen. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

Die Bevölkerung ist immer unzufriedener mit der Politik. Bemerkbar wird dies durch zunehmende Resignation, das Fernbleiben von Wahlen und somit einer Konterkarierung des demokratischen Gedankens. Mit Sorge müssen wir registrieren, dass rechtes Gedankengut um sich greift!

Auch an der gewerkschaftlichen Basis rumort es zunehmend. Wir in Lehrte, als eine der „Hochburgen“ in

der Region Hannover, werden tagtäglich damit konfrontiert. Teilweise sehen wir uns nicht mehr in der Lage, dies aufzufangen.

Ein zentraler Vorwurf ist immer wieder die Untätigkeit der Führungs- und Leitungsgremien von DGB- und Einzelgewerkschaften gegenüber der von der Regierungskoalition praktizierten Politik, die von immer mehr Menschen in unserem Land als ungerecht empfunden wird.

Die weltweite Finanzmarktkrise, deren Auswirkungen für die Zukunft noch dramatische Züge annehmen können, die uns allerdings gern verschwiegen werden, ist aus unserer Sicht die Gelegenheit, die Politik der vergangenen Jahre hin zum ungezügelt Kapitalismus in Frage zu stellen und die Menschen zu mobilisieren. 500 Milliarden Euro werden locker gemacht für die Rettung der Banken – Milliarden, die denen, die es dringend benötigen, vorenthalten werden.

Plötzlich ist das Geld, das angeblich für ein menschliches Gesundheitswesen, für ein besseres Schul- und Bildungssystem oder für armutsfeste Renten fehlt, im Überfluss vorhanden, wenn es darum geht, die Milliarden von Spekulationsverlusten der Banken zu sozialisieren.

Wegen der Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro wurde tagelang im Parlament diskutiert. Über 26 Milliarden Euro für die Hypo Real Estate Bank wurden in einer Nacht vom Finanzminister und einigen Bankvorständen entschieden: Das hat nichts mehr mit der so wohl gepriesenen bürgerlichen Demokratie zu tun, das ist die Diktatur der Ökonomie.

Schon jetzt bleiben in der Folge der Krise Tausende von Beschäftigten im Bankengewerbe auf der Strecke. Aufgrund der einbrechenden Absätze stellen sich die Industrieunternehmen mit massiver Arbeitsplatzvernichtung auf die wachsende Krise ein. In Deutschland rechnen laut Handelsblatt vier von fünf Unternehmen mit gravierendem Personalabbau.

Es ist absehbar, dass diese Krise enorme Lasten und unzähliges Leid für große Teile der Bevölkerung bringen werden. Die Folgen für die Beschäftigten, die Arbeitslosen, Rentner usw., für die Armen in dieser Welt, aber auch für den Mittelstand in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind in ihrem ganzen Umfang noch nicht absehbar.

Wenn es um gesetzlichen Mindestlohn geht, ein Beschäftigungsprogramm gefordert wird, oder wenn es um die Finanzierung der Rente und ein gerechtes Gesundheitssystem geht, dann ist kein Geld da oder uns wird von den Vertretern der Regierung vorgerechnet, die Kosten wären unbezahlbar. Jetzt geht es um mehrere Hundert Milliarden Euro. Die Vertreter der Großen Koalition entscheiden, kein Parlament und schon gar nicht die Bevölkerung werden gefragt. Nie wurde die Macht der Ökonomie und der Einfluss der Banken und Großindustrie auf die herrschenden Parteien so deutlich wie jetzt.

Es ist zu befürchten, dass für die Milliarden, die nun den Banken hinterher geworfen werden, wieder die Allgemeinheit zur Kasse gebeten werden wird. Die Folge wird eine massive Verschärfung der Angriffe auf den Lebensstandard der abhängig Beschäftigten, der Arbeitslosen und RentnerInnen sein. Lohnzurückhaltung, Sozialabbau, Kürzungen – wieder wird versucht werden, die Kosten der Krise voll auf uns abzuwälzen. Diese Ungerechtigkeiten sind doch so offensichtlich, dass es gilt, hier die Wende für eine gerechtere Politik herbeizuführen. Hier gilt es mehr den je den Einfluss der Gewerkschaften zu nutzen.

Bereits in den Jahren 2004 (gegen die Hartz IV-Gesetze) und 2006 („Das geht besser.“ – gegen Sozialabbau) wurden nach Großdemonstrationen in Berlin die rumorende Stimmung innerhalb der Bevölkerung im Keim erstickt. Anstatt die Strömungen zu nutzen, wurden seinerzeit durch DGB und Einzelgewerkschaften weitere Aktivitäten ausgesetzt.

Wir dürfen die Stimmung an der Basis nicht unterschätzen. Untätigkeit wird dazu führen, dass uns weiter die Mitglieder davonlaufen! Wir brauchen eine offensive Öffentlichkeitsarbeit und rufen Euch dazu auf, dieses praktisch auf den Weg zu bringen.

Das was jetzt gebraucht wird, ist die Organisation von gesellschaftlichem Widerstand. Protest und Widerstand gegen die weitere Zerstörung der Sozialsysteme, den Bildungsabbau, die Privatisierung und gegen den Umbau der Steuersysteme zu Gunsten des Kapitals.

Es muss ein Politikwechsel durchgesetzt werden. Auch deshalb, weil die Gefahr reaktionärer Entwicklungen wächst. Wir brauchen eine offene Debatte über die Zukunft, in der wir leben wollen. Es ist deutlicher als je zuvor, dass wir grundsätzliche Alternativen zu derzeitigen Wirtschaftssystem brauchen.

Lieber Michael und lieber Frank, der Unmut bei den Beschäftigten ist groß. Wir, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Personalräte nehmen wahr, dass sowohl die gewerkschaftlich organisierten als auch die (noch) unorganisierten Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaftsführung nicht nur mehr Initiative und öffentliche Einmischung sondern auch nachhaltige Aktionen erwarten. Aufgrund der eingetretenen kritischen aktuellen Situation dürfte es sehr leicht sein, die Beschäftigten zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Interessen auf die Straße zu bringen.

Deshalb fordern wir Euch hiermit auf, Eure Verantwortung für die vielen Gewerkschaftsmitglieder hörbar, engagiert und aktiv wahr zu nehmen. Wir meinen, dieses seid Ihr als Leitfiguren des DGB und ver.di (der größten Einzelgewerkschaft) nicht nur uns Mitgliedern sondern allen Menschen schuldig.

Wir stimmen Dir zu, lieber Frank, „Krisen bringen auch Chancen hervor“ (ver.di-extra-Flugblatt zur Finanzmarktkrise). Lasst uns die Chance nutzen, eine arbeitnehmerorientierte Politik in den Betrieben und in der Gesellschaft durchzusetzen. Nutzen wir die Kraft un-

serer Gewerkschaften dazu, für soziale Gerechtigkeit aktiv und offensiv einzutreten. Lasst uns mit aller Kraft den Regierenden zeigen, dass sich Politik an den Bedürfnissen der abhängig beschäftigten Menschen zu orientieren hat.

Deshalb fordern wir Euch hiermit auf: Werdet endlich aktiv. Ergreift die Initiative und begegnet der seit Jahren anhaltenden unsozialen Politik durch die Organisierung eines konsequenten und dauerhaften Widerstandes. Organisiert einen Schulterchluss mit anderen sozialen Bewegungen, um gemeinsam für ein Recht auf politische Streiks zu kämpfen. Wir hoffen auf Euch! Gemeinsam schaffen wir es, mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu erkämpfen.

Mit kollegialen Grüßen,

*Gesamtpersonalrat der Stadt Lehrte,
Verdi-Vertrauensleutekörper der Stadt Lehrte,
Wolfgang Liß, GPR-Vorsitzender
Uwe Winkler, Ver.di-Vertrauensmann
Lehrte, den 11.11.2008*

Tarif-Ergebnisse nach Verhandlungsmarathon in Wiesbaden erzielt

Einkommenserhöhung für die hessischen Landesbeschäftigten. Manteltarifvertrag ausgehandelt (Frankfurt/M., 30. März 2009)

Die Eckpunkte der Vereinbarung vom 28. März 2009:

I. Einkommen (Laufzeit: bis zum 31. Dezember 2010)

- Zum 1. April 2009 wird die Vergütung um drei Prozent erhöht.
- Zum 1. März 2010 erfolgt eine weitere Erhöhung um 1,2 Prozent.
- Im Juni erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 500 Euro, Teilzeitbeschäftigte erhalten den Betrag anteilig.
- Die Ausbildungsvergütung wird um 60 Euro am 1. April 2009 und um 1,2 Prozent zum 1. März 2010 erhöht.

II. Neues Tarifrecht: TV-H und TVÜ-H

Zum 1. Januar 2010 wird der BAT durch den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Hessen (TV-H) abgelöst. Die Beschäftigten werden zu diesem Zeitpunkt übergeleitet.

Impressum:

Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel: 0611/406670, EMail: gew-wiesbaden@gmx.net Redaktion: Birgit Bossert, Thomas Eilers, Ute Harlos, Katja Plazikowsky, Doro Stöver, Michael Zeitz.

Keine Schießanlagen an Schulen!

Wiesbaden, 1. April 2009

Stellungnahme des Gesamtpersonalrates der Lehrerinnen und Lehrer (GPRL) für den Rheingau-Taunus-Kreis und der Landeshauptstadt Wiesbaden zur geplanten neuen Schießanlage für Kinder und Jugendliche an der H.H. Arnold High School in Wiesbaden auf dem Hainerberg

Der GPRL ist besonders vor dem Hintergrund des schrecklichen Amoklaufes von Winnenden fassungslos über die Pläne der US-Amerikaner, eine Schießanlage in der General H.H. Arnold High School einzurichten.

Ob deutsche Schule oder amerikanische Schule: Wir lehnen es kategorisch ab, dass Jugendliche im Gebrauch von Waffen trainiert werden.

Wir fordern die Verantwortlichen in der Stadt, insbesondere den Baudezernenten Prof. Joachim Pös, dazu auf, sich dieser Frage nachdrücklich anzunehmen und allen Einfluss geltend zu machen, dass diese Anlage nicht gebaut wird.

Wir Lehrerinnen und Lehrer sehen unsere Bemühungen um Gewaltprävention konterkariert, wenn eine derartige Anlage ohne Widerspruch gebaut werden darf.

Wir fühlen uns u.a. durch einen nachlässigen Umgang der Stadtverordnetenversammlung am 26.3.09 mit dieser Thematik im Stich gelassen.

Wir fühlen uns in der Verantwortung, das uns Mögliche zu tun, damit das Leben jedes Einzelnen mit seinen Stärken, Schwächen und Problemen höchste Wertschätzung erfährt und jedes Individuum geachtet und beachtet wird, um solche erschütternden Gewalttaten wie in Winnenden zu vermeiden.

Nach Aussagen der Schulpsychologen nehmen aber Kontaktstörungen, Ängste, Wohlstandsverwahrlosung mit Selbstverletzungsverhalten, exzessives Medienverhalten aber auch übertriebenener Elternehrgeiz und Überbehütung zu.

Wir brauchen dringend unterstützend mehr Schulpsychologen und mehr Schulsozialarbeit, damit an den Schulen sinnvoll präventiv gearbeitet werden kann.